

**Martin H. W. Möllers**

# **Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft**

**Debatten im Kontext historischer Ereignisse seit 9/11**

**3., erweiterte Auflage**

**Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 9**

---

**Verlag für Polizeiwissenschaft**

**Prof. Dr. Clemens Lorei**

# Inhalt

Vorwort	13
Ereignis: Ende 2001 wurden die ersten PISA-Ergebnisse bekannt	17
<b>PISA und Polizei – Zur Lesekompetenz im Fachhochschulstudium als Schlüsselqualifikation für den Polizeiberuf</b>	19
1 Das ‚Programme for International Student Assessment‘	19
1.1 Auftraggeber und Ziele von PISA	19
1.2 Methodische Grundlagen der PISA-Studie	21
2 Die Lesekompetenz als Grundlage des Polizeiberufs, insbesondere auf Führungsebene	22
2.1 Die Definition der Lesekompetenz	22
2.2 Die Bedeutung des Lesens für das Studium an einer Polizeifachhochschule	23
3 Förderung und Entwicklung der Lesekompetenz als didaktisches Konzept für das Fachhochschulstudium	29
3.1 Das Konzept der ‚Schülerorientierten Didaktik‘ als Basis der Didaktik an Polizeifachhochschulen	29
3.2 Förderung der Leselust als didaktisches Konzept	32
4 Die politischen Rahmenbedingungen der Fachhochschulen für Polizei in Bezug auf die Zulassung einer Stärkung der Lesekompetenz	35
5 Zusammenfassung	38

Ereignis: Im Oktober 2002 wurde einem Kindesentführer Schmerzzufügung angedroht	41
<b>Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘</b>	43
1 Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	43
2 Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	47
2.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	48
2.2 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	51
3 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	53
3.1 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	53
3.2 Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	57
3.3 Die Entscheidung des BVerfG zum ‚Großen Lauschangriff‘	62
Ereignis: 2003 stellte das Bundesverfassungsgericht ein Parteiverbotsverfahren gegen die NPD ein	71
<b>Keine Freiheit den Feinden der Freiheit – Instrumente wehrhafter Demokratie in der Praxis</b>	73
1 Das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG	75
1.1 Das Verhältnis von Art. 21 Abs. 2 GG zu Art. 9 Abs. 2 GG	76
1.3 Der Ablauf des Parteiverbotsverfahrens	83
1.4 Die unmittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung	86
1.5 Die mittelbaren Rechtswirkungen der Parteiverbotsentscheidung und die Vollstreckung des Parteiverbots	87

1.6	Bisherige Parteiverbotsverfahren in Deutschland	89
2	Das Verfahren zu Vereinsverboten gemäß Art. 9 Abs. 2 GG	92
2.1	Die Voraussetzungen eines Vereinsverbotsverfahrens	93
2.2	Der Ablauf des Vereinsverbotsverfahrens	98
2.3	Die unmittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	100
2.4	Die mittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	101
2.5	Bisherige Vereinsverbotsverfahren auf Bundesebene	103
3	Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG	105
3.1	Die Voraussetzungen des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	106
3.2	Der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	110
3.3	Die Rechtsfolgen eines Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	111
3.4	Bisherige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung	115
4	Bewertung der Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung	117

Ereignis: Ende Juli 2006 wurden in Dortmund und Koblenz in zwei Regionalexpresszügen Kofferbomben entdeckt	121
--	-----

<b>„Antworten auf den internationalen Terrorismus – Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder“ – Tagungsbericht</b>	123
1 Kurzeinleitung zum Thema	123
2 Mittwoch, 13. September 2006	125
2.1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landtagspräsidenten Joachim Mertes	125
2.2 Einführung in das Thema durch Professor Dr. Gerhard Robbers vom Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier	126

2.3	Vortrag ‚Der internationale Terrorismus und die neuen Herausforderungen an die Sicherheitsstruktur Deutschlands‘ von Rüdiger Freiherr von Fritsch, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes	126
2.4	Referate zum ‚Reformbedarf aus Sicht der Koalitionsparteien (Bundesebene)‘ von Wolfgang Bosbach, MdB (CDU) und Dr. Dieter Wiefelspütz, MdB (SPD)	129
2.5	Diskussion mit den Referenten unter der Moderation von Dr. Thomas Leif vom SWR	133
2.8	Diskussion mit den Vortragenden unter der Moderation von Professor Dr. Gerhard Robbers	138
3	Donnerstag, 14. September 2006	139
3.1	Vortrag ‚Kanada und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus‘ von Paul Dubois, Botschafter von Kanada in Deutschland	139
3.2	Podiumsdiskussion	141
3.3	Vortrag ‚Gemeinsame Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus in Europa‘ von Wolf Plesmann, Koordinator Terrorismusbekämpfung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union	143
4	Zusammenfassung	147

	Ereignis: 2006 hob das Bundesverfassungsgericht eine Verbotsverfügung der Stadt Lüneburg zu einer rechtsextremistischen Demonstration auf	149
--	---	-----

	<b>Aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit zwischen ‚Rechtsprechungstradition‘, ‚Zeitgeist‘ und ‚Staatsräson‘</b>	151
--	--	-----

1	Die Grundrechts-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	151
2	Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in der vorkonstitutionellen deutschen Tradition	152

3	Der Brokdorf-Beschluss als Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	154
3.1	Die Versammlungsfreiheit als demokratisches Teilhaberecht	156
3.2	Verfassungsrechtliche Anforderungen an Beschränkung, Verbot und Auflösung einer Versammlung	158
3.3	Kritische Würdigung des Brokdorf-Beschlusses	161
4	Die Folgewirkungen des liberalen Brokdorf-Beschlusses auf aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit	162
4.1	Die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung eines Versammlungsverbots	163
4.2	Die Änderung des Versammlungsgesetzes	165

Ereignis: Ende 2009 traf der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts eine Aufsehen erregende Entscheidung in Bezug auf Verbote von durch Rechtsextremisten initiierte Versammlungen	167
---	-----

<b>Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Lichte von ‚Wunsiedel‘: Zum Sonderrecht bei Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten</b>	169
1 Einleitung zu den Hintergründen der Entscheidungen	169
2 Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	171
3 Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von ‚Wunsiedel‘	175
4 Quintessenz und Ausblick	177

<b>Ereignis: Ende 2010 löste der Bericht der ,Werthebach-Kommission‘ mit seinen Empfehlungen zur Neuorganisation der Sonderpolizeien des Bundes einen heftigen Widerstand der beteiligten Polizeibehörden aus, der offen in den Medien ausgetragen wurde</b>	<b>179</b>
<b>(Un-)Kooperative Sicherheit – Empfehlungen der ,Werthebach-Kommission‘ zu den Polizeien des Bundes und ihre Verpuffungen</b>	<b>181</b>
1 Die Ausgangssituation	181
2 Die beteiligten Personen der Werthebach-Kommission	184
3 Die öffentliche Diskussion vor Ausgabe des Berichts	186
4 Die wesentlichen Ergebnisse aus dem Bericht der Werthebach-Kommission	188
5 Die öffentliche Diskussion nach Ausgabe des Berichts	190
6 Entwicklungen nach der ,Kabinettsrochade‘	202
 Autorenhinweis	 205